

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ – Gemeinderäte Ing. Udo Guggenbichler MSc, Nikolaus Amhof, Michael Eischer, Georg Fürnkranz, Manfred Hofbauer MAS und Michael Stumpf BA, betreffend „Abschaffung des Valorisierungsgesetzes“, eingebracht in der Spezialdebatte Umwelt und Wiener Stadtwerke im Rahmen der Rechnungsabschlussdebatte am 30. Juni 2020 zu Post 1

Seit Jahren ist für die Menschen ein gewaltiger Preisauftrieb bei Gebühren, Rohstoffen und Lebensmitteln zu bemerken. Die regierungsverantwortlichen Politiker Wiens haben ein gehöriges Maß an Mitschuld an den gestiegenen Lebenshaltungskosten der Wienerinnen und Wiener, haben sie doch seit dem Jahr 2010 eine enorme Gebührenlawine auf die Wiener Bevölkerung losgelassen.

Aktuell ist es vor allem das Wiener Valorisierungsgesetz, welches eine Perpetuierung der Gebührenerhöhung mittels einer Anpassungsautomatik festschreibt. In Zeiten von Inflation führt das nicht nur zu einer massiven Einschränkung der Kaufkraft und der Inlandsnachfrage, sondern bedeutet für viele Menschen eine unzumutbare soziale Belastung.

Mit dem Valorisierungsgesetz geben die regierungsverantwortlichen Politiker der Bundeshauptstadt Wien die aktive Sozialpolitik auf. Dass die Wiener SPÖ dieses Gesetz selbst in Frage stellt, zeigt sich daran, dass sie es zwar zuerst als „sozialpolitischen Fortschritt“ angepriesen, als es aber wahltaktisch ins Konzept passte, gleich wieder dessen Aussetzung angekündigt hat.

Selbst die Arbeiterkammer hat in der Begutachtung festgestellt, dass dem Gesetz die Legitimation fehle, da eine Unterdeckung der betroffenen Gebühr nicht kalkulatorisch im Detail nachgewiesen werde und keinerlei detaillierte Aufschlüsselung der entsprechenden Ausgaben / Einnahmen bei einer Gebühr erfolge.

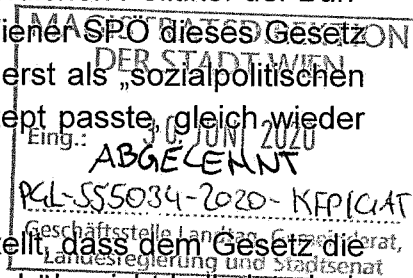
Die Legitimation fehlt auch deshalb, weil die Gemeinde Wien bei einigen einnahmerelevanten Gebühren Überdeckungen bzw. Überschüsse erzielt und damit enorme Mehreinnahmen lukriert, in einigen Bereichen riesige Rücklagen anhäuft und in weiten Teilen einer maßlosen Verschwendungspolitik frönt.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich ausdrücklich für die Abschaffung des Wiener Valorisierungsgesetzes aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.



Handwritten signature/initials.

Handwritten signature: Mollmann

Handwritten signature/initials.

Handwritten signatures: W. Amhof, Z. Fürnkranz, M. Hofbauer, M. Stumpf, D. Guggenbichler.

Handwritten signature: f. R.

Handwritten signature: H. A. 2